



Mit dem Panzer nach Osten? Das ist die falsche Perspektive für junge Menschen!

CDU, SPD und AfD fordern Ausbau von Kasernen im Ostkreis

Die AfD stimmte im Kreistag Marburg-Biedenkopf einem Antrag von CDU und SPD [1] zu, in welchem ein Ausbau von Kasernen im Ostkreis gefordert wird. Dabei ging es vor allem um eine Reaktivierung der "Hessenkaserne". Wenn es um Militarisierung geht, sei *"Applaus von der falschen Seite"* offenbar kein Problem, kommentiert Dr. Frank Michler (Bürgerliste Weiterdenken, WDMR) das Abstimmungsergebnis. Daran solle man sich erinnern, wenn künftig das Gerede vom *"Applaus von der falschen Seite"* mal wieder genutzt wird, um die Opposition zu kritisieren.

Applaus von der falschen Seite?

Matthias Pozzi (AfD) betonte: *"Wir unterstützen den Antrag ausdrücklich."* Wie auch Winand Koch (FDP) teilte Pozzi die Behauptungen im CDU/SPD-Antrag, der Kasernen-Ausbau sei gut für die lokale Wirtschaft. *"Hunderte, wenn nicht tausende Arbeitsplätze"* würden geschaffen.

Sondervermögen? Nein! Sonderschulden-Ermächtigung!

Dr. Frank Michler (Bürgerliste Weiterdenken) betonte in seiner Rede, dass es sich bei den von SPD und CDU als "Sondervermögen" bezeichneten vermeintlichen Geldquellen stattdessen um eine Sonderschulden-Ermächtigung handelt. Schulden führten zu höheren Zinslasten, die wiederum den künftigen Handlungsspielraum gerade auch der Kommunen einschränkten.

Dr. Michler verwies dabei auf die jüngsten Warnungen des Landkreistages vor einem Kollaps der kommunalen Finanzen. In einem Statement vom 5. August 2025 heißt es dazu [2]:

„Defizite in nie gekannter Höhe türmen sich auf, absehbar steigende Kassenkredite läuten eine Zins-Schulden-Spirale ein, und die Investitionen schrumpfen zusammen. Die föderale Finanzarchitektur ist völlig aus dem Gleichgewicht geraten.“

Militärausgaben sind Konsum, keine „Investition“

Militärausgaben seien auch keine "Investitionen". Als Investitionen werden Ausgaben bezeichnet, welche die zukünftige Produktivität steigern und somit Wohlstand mehren. Militärausgaben hingegen steigerten weder Produktivität noch Wohlstand. Sie seien daher dem Konsum zuzurechnen und keine Investitionen, so Dr. Michler.

Panzerfahren nach Osten – die völlig falsche „Perspektive“

Die im von der AfD unterstützten Regierungsantrag genannten "Perspektiven für junge Menschen" wiesen auch in die falsche Richtung. In einem OP-Bericht vom 15.07.2025 [3] heißt es zur militärstrategischen Rolle der Hessenkaserne:

Denn dann müssen Truppen aus der Republik und von Nato-Partnern Richtung Osten verlegt werden, Näheres wird vom geheimen „O-Plan Deutschland“ geregelt.

Den Antrag von CDU und SPD lehnte Dr. Michler mit deutlichen Worten ab:

„Dass junge Menschen lernen, mit dem Panzer Richtung Osten zu fahren, ist definitiv die falsche ‚Perspektive‘!“

Friedensfahne vor dem Kreistag

Vor Beginn der Sitzung wurden die Kreistagsmitglieder von einer Protestgruppe empfangen. Friedensaktivisten des Marburger Bündnisses „Nein zum Krieg!“ verteilten vor dem Landratsamt einen offenen Brief, in welchem Sie dazu aufriefen den CDU/SPD-Antrag zum Ausbau der Kasernen abzulehnen. Sie unterstützten auch die Initiative der Fraktion DIE LINKE, welche einen Konkurrenzantrag eingebracht hatte. In diesem schlägt sie als Alternative zur Militarisierung eine gemeinwohlorientierte Nutzung der Hessenkaserne vor. Statt Aufrüstung solle sozialer Wohnraum geschaffen werden.

DIE LINKE fordert Sozialwohnungen statt Kasernenausbau

Der Antrag von DIE LINKE fand erwartungsgemäß nur bei ihrer eigenen Fraktion sowie bei den Einzelabgeordneten Jacklin Moldenhauer-Dersch (parteilos) und Dr. Frank Michler (Bürgerliste Weiterdenken, WDMR) Zustimmung. Dass der Regierungsantrag jedoch auch bei der AfD auf Zustimmung stößt, davon war selbst die CDU überrascht. Das ist zumindest ein wichtiger Erkenntnisgewinn für diejenigen, die sich von der AfD eine Alternative zu Aufrüstung und Militarisierungspolitik erhofft hatten.

Quellen:

[1] Antrag der Fraktionen SPD und CDU betreffend „Stärkung von Wirtschaft und Sicherheit durch Reaktivierung und Ausbau der Bundeswehrkasernen im Ostkreis“

https://marburg-biedenkopf.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZYSIfffiwaTN5-TtFWF8KHuNWPl5rhd3bmCxFcyb9zuzT/Antrag_Fraktion_523-2025_KT.pdf

[2] Statement des Landkreistages vom 5. August 2025

<https://www.landkreistag.de/presseforum/pressemitteilungen/3470-finanzprognose-2025-kommunalhaushalte-kollabieren>

[3] Wird Stadtallendorfs Hessenkaserne künftig ein Drehkreuz?

<https://www.op-marburg.de/lokales/marburg-biedenkopf/stadtallendorf/bundeswehr-gibt-es-neue-plaene-fuer-hessen-kaserne-in-stadtallendorf-M2IQ7ITJSJFU5IS5NYUMWV7SQM.html>

[4] Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Gemeinwohlorientierte Nutzung der Hessenkaserne – Konversion in sozialen Wohnraum statt Aufrüstung“

https://marburg-biedenkopf.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZegVzjICjYzicOuaykCq-tWafuSkPUwVNrpg_Oqq3USC/Antrag_Fraktion_523-2025_KT_1_Ergaenzung.pdf

Pressefotos:



Friedensprotest des Bündnisses „Nein zum Krieg!“ vor dem Landratsamt (Foto: Frank Michler)

Antrag von SPD und CDU
"Reaktivierung und Ausbau der Bundeswehrkasernen im Ostkreis"

Offener Brief

Liebe Mitglieder des Kreistages, sehr geehrte Damen und Herren,

Wir möchten Sie bitten, diesen Antrag nicht zu beschließen.
Investitionen in die Erhöhung der Kriegstüchtigkeit vertragen sich nicht mit der Aufgabe, die soziale Infrastruktur des Kreises zu sichern und weiterzuentwickeln. Jeder Euro, der für Kriegsvorbereitung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle, und er muss überdies, weil kreditfinanziert, teuer zurückgezahlt werden.

Die Aussage in der Begründung des Antrages, die Präsenz der Bundeswehr sei imstande, jungen Menschen und der Wirtschaft neue Perspektiven vor Ort zu eröffnen, halten wir für irreführend. Perspektiven vor Ort entstehen nicht durch die Orientierung auf Krieg, sondern durch die Entwicklung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur. Welche Zukunftsperspektiven öffnet ein militärischer Großverband, der sich seines Einsatzmottos "einsatzbereit, jederzeit, weltweit" rühmt? Dessen Marschmotto 'In Treue fest', eine patriotische Formel aus der Kaiserzeit des 19. Jahrhunderts verehrt?

Seit der Ausrufung der 'Zeitenwende' scheint die Militarisierung unseres Landes unaufhaltsam zu steigen wie die Fiebertemperatur bei einer beginnenden Krankheit. Muss jetzt ausgerechnet eine kommunale Vertretungskörperschaft ihren Patriotismus auf diese Weise zeigen?

Die Initiative der Fraktion Die Linke für eine gemeinwohlorientierte Nutzung der im Bundesbesitz befindlichen Liegenschaften sollte unterstützt werden. Gerade Stadtallendorf mit seiner Geschichte als größte Rüstungsproduktionsstätte des Nazireiches könnte mit dieser Entscheidung als Stadt der Bürger und des Friedens an positiver Ausstrahlung gewinnen.

Im Namen des Marburger Bündnisses 'Nein zum Krieg'

Karin Schwalm, Dr. Ilina Fach, Ortwin Schäfer,
Ralf Schrader, Rüdiger Stolzenberg, Christa Winter



Flugblatt der Gruppe „Nein zum Krieg!“, welches vor der Sitzung verteilt wurde.



Abstimmung im Kreistag über CDU/SPD-Antrag zum Ausbau von Kasernen im Ostkreis
(Foto: Frank Michler)